



Landesverband der Freien
und Hansestadt Hamburg e. V.

Landesverband Niedersachsen e.V.

Geschäftsführender Vorstand:

Helmut Eidenmüller, Sprecher
Schubertstraße 10 • 22083 Hamburg
Tel. +49 (0)40 73093840
helmut_eidenmueller@freenet.de

Landesvorsitzender:

Manfred Frühling
Friedrichswall 17, 30159 Hannover
Tel. +49 (0)511 551500
dfv-niedersachsen@t-online.de

Pressemitteilung vom 06.08.2014

Betreuungsgeld auf den Prüfstand!

Das Ergebnis setzt falsche Akzente. So argumentierten die Kritiker des Betreuungsgesetzes bereits im Laufe der Gesetzgebung. Jetzt, nach knapp einem Jahr, gibt es Indizien dafür, dass die Sorgen der Kritiker nicht unbegründet waren. In einer Befragung von über 100.000 Eltern mit Kindern unter drei Jahren durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und der Universität Dortmund wird erkennbar, dass offensichtlich ein erheblicher Teil von Migrantenfamilien und bildungsfernen Eltern das eingeführte Betreuungsgeld erhalten. Im Abschlussbericht der Untersuchung kommt man zum Ergebnis, dass das Betreuungsgeld besonders für sozial benachteiligte Familien einen Anreiz darstellt, kein staatliches Angebot frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung zu nutzen.¹

Mit großer Verwunderung nehmen die Landesverbände des Deutschen Familienverbandes, Hamburg und Niedersachsen zu Kenntnis, wie Befürworter des Betreuungsgesetzes, insbesondere aus Kreisen der CSU mit Argumenten aus der Mottenkiste eine inhaltliche Diskussion über die Sinnhaftigkeit einer solchen „Sozialleistung“ zu verhindern suchen. So wettet der Generalsekretär der CSU Andreas Scheuer, die Kritik sei unsachlich und „ein Schlag gegen die Familien in unserem Land“². Auch die Chefin der bayerischen Staatskanzlei, Christine Haderthauer, bezeichnet das Betreuungsgeld als „Erfolgsgeschichte“ und geißelt die Kritiker mit dem Vorwurf: „Bei Ein- und Zweijährigen eine Besser-/Schlechter-Diskussion zwischen Elternzuwendungen und Kita anzuzetteln, ist ein ideologischer Tiefschlag sondergleichen gegen alle Eltern von Kleinkindern“³. Wenn die Vizepräsidentin des Deutschen Familienverbandes, Petra Nölkel, davon spricht, dass das Betreuungsgeld von einer großen Anzahl von Familien quer durch alle gesellschaftlichen Schichten wahrgenommen wird⁴, so mag dies aus mathematischer Sicht erklärbar sein. Ob allerdings dieses quantitative Argument den inhaltlichen Kern der Diskussion trifft muss bezweifelt werden. Denn immerhin entschieden sich nach Erkenntnis der Studie 54% der Eltern, die keine Berufsausbildung oder einen Hauptschulabschluss haben, für das Betreuungsgeld und gegen die Kita.

Die Landesverbände Hamburg und Niedersachsen des Deutschen Familienverbandes fordern zur sachlichen Diskussion zurückzukehren, die Erkenntnisse aus der Studie frei von Ideologien zu analysieren und das Betreuungsgeld auf den Prüfstand zu stellen. Denn „gerade Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien, die besonders auf frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten angewiesen sind, profitieren nicht von dieser Leistung, weil sich ihre Eltern lieber das Betreuungsgeld auszahlen lassen“, so die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher.⁵ Insofern sind die finanziellen Mittel des Betreuungsgeldes für eine Qualifizierung der Kita-Betreuung wesentlich besser eingesetzt.

Übrigens, wenn Befürworter des Betreuungsgeldes davon sprechen, dass Eltern eine Wahlfreiheit zugestanden werden müsse, ob sie ihre Kinder in die Kita geben oder in der eigenen Familie betreuen wollen, dann sollte man sich – losgelöst von der fachlichen Diskussion – auch mal die Frage stellen, warum Eltern, die sich gegen eine Kita entscheiden, aus Steuermitteln eine Erziehungsleistung als Äquivalent zur Kitabetreuung honoriert bekommen sollen, für die sie im Sinne der Verfassung (Art. 6 Absatz 2) ohnehin berechtigt und zuvörderst verpflichtet sind.

¹ Hamburger Abendblatt vom 28.07.2014

² NOK vom 29.07.2014

³ Dpa-Meldung vom 29.07.2014

⁴ Presseerklärung des Deutschen Familienverbandes vom 30.07.2014

⁵ Pressemitteilung NOK vom 29.07.2014